Deutscher Bundestag **Drucksache 19/16546**

19. Wahlperiode 16.01.2020

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Marcel Klinge, Olaf in der Beek, Michael Theurer, Dr. Christoph Hoffmann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Michael Georg Link, Christoph Meyer, Roman Müller-Böhm, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Rohstoffpolitik – Ein Update für das 21. Jahrhundert

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als eine der weltweit führenden Industrienationen ist die Bundesrepublik Deutschland auf die Versorgung mit einer Vielzahl von Rohstoffen angewiesen. Durch den technologischen Wandel im Zuge der Digitalisierung sowie den Ausbau von alternativen Antriebsformen - insbesondere der einseitigen Fokussierung auf die Elektromobilität - wächst der Bedarf deutscher Unternehmen an Übergangsmetallen und Seltenen Erden. Diese müssen nahezu vollständig importiert werden. Neben Akkumulatoren, Batteriezellen sowie Prozessoren werden diese Rohstoffe auch für Polituren, Lacke, Beleuchtung, Servolenkungen und Elektromotoren benötigt.

Schon heute ist die Volksrepublik China globaler Hauptlieferant Seltener Erden. Der Produktionsanteil Chinas liegt hier bei rund 71%. Eine Substitution von Seltenen Erden durch andere Rohstoffe ist momentan nicht möglich. „Die sichere Versorgung mit Seltenen Erden ist […] sehr wichtig für die deutsche Industrie. […] Entsprechend wichtig ist ein wettbewerbsfähiger und sicherer Rohstoffbezug“, konstatiert die Bundesregierung (Drs. 19/14609). Angesichts des Handelskonflikts zwischen den USA und China sowie ständiger Verstöße der Volksrepublik gegen internationales Handelsrecht und insbesondere die Normen der Welthandelsorganisation (WTO) geht von der schon heute bestehenden Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von diesen Rohstoffen aus China eine erhebliche Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus. Eine künstliche Verknappung des Rohstoffangebots auf dem Weltmarkt und die damit einhergehende Erhöhung der Rohstoffpreise durch China, bzw. chinesische staatseigene Betriebe,

würde auch nach Ansicht der Bundesregierung gravierende Folgen für die globale Wirtschaft und damit nicht zuletzt auf Deutschland als Exportnation haben. So lag die Schwankungsbreite von ausgewählten Seltene Erden Metallen in den Jahren 2016 bis 2019 zwischen -26% und +21%. Die Gefahr starker Preisveränderungen steigt durch die weltweite Zunahme an politischen Risiken dramatisch an.

Gerade aus diesem Grund braucht Deutschland endlich eine echte und strategisch ausgerichtete Rohstoffpolitik. Die bisherigen Ansätze der Bundesregierung im Rahmen der Überarbeitung der Rohstoffstrategie reichen nicht aus, um die deutsche Wirtschaft effektiv vor den globalen Handelsrisiken im Rohstoffbereich abzusichern und die Rohstoffversorgung langfristig sicherzustellen. Gleichzeitig müssen auch die Abbaubedingungen in den jeweiligen Herkunftsländern noch stärker in die rohstoffpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung einfließen. Die rohstoffpolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland hat sich an einem Dreiklang der Nachhaltigkeit auszurichten. Sowohl ökonomische, ökologische, soziale als auch menschenrechtliche Belange müssen beachtet werden.

Die Förderung und der Ausbau weiterer Rohstoffvorkommen und die Diversifizierung des globalen Rohstoffmarktes sind im Interesse Deutschlands und der Deutschen Industrie, da so Monopolstellungen auf dem Weltmarkt verhindert werden können. Gleichzeitig muss Deutschland beim Aufbau der Rohstoffförderung gerade in Entwicklungsländern eine deutlich stärkere Rolle einnehmen. So sollen beispielsweise rund 70 Prozent der weltweiten Lithium-Vorkommen, die existenziell für die Batterieherstellung sind, in Chile und den beiden Entwicklungsländern Bolivien und Argentinien lagern. Durch nicht umweltgerechte Produktionsbedingungen kommt es dort jedoch zu massiven Umweltschädigungen und dem Entzug der Lebensgrundlage für indigene Völker. Der Abbau von Lithium entspricht somit weder Menschenrechts- noch Umweltrechtsstandards und erfordert im Nachgang möglicherweise entwicklungspolitische Maßnahmen zur Minderung negativer Auswirkungen des Abbaus, die bereits im Vorfeld durch eine enge Verzahnung mit entwicklungspolitischen Vorhaben und Akteuren hätten verhindert werden können. Auch durch mangelhaft verhandelte Investitionsverträge mit ausländischen Rohstoffunternehmen entstehen einseitige Abhängigkeiten der Entwicklungsländer, die eine nachhaltige Entwicklung verhindern können. Deutsche und europäische Unternehmen können durch ihre ausgewiesene Expertise und ihre hohen Standards einen entscheidenden Beitrag für eine gerechtere Welt leisten. Hohe Standards können gezielt durch branchenweite Lösungen und transparent gestaltete Selbstverpflichtungen der Unternehmen, welche den Erfordernissen von Geschäfts- und Steuergeheimnissen Rechnung tragen, erreicht werden. Diese sollten sich an den Richtlinien der OECD und anderer internationaler Organisationen sowie den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte orientieren. Der Anspruch hoher Standards muss dabei jedoch flexibel an die Lebensrealitäten in den entsprechenden Ländern angepasst und sukzessive mit Nachdruck erhöht und ausgebaut werden. Die Wahrung der Menschenrechte ist nicht verhandelbar und soll weiterhin durch die Aktivitäten deutscher und europäischer Unternehmen in den entsprechenden Ländern aktiv unterstützt und gefördert werden.

Um deutschen und europäischen Unternehmen auch in Zukunft den Rahmen für eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen gewährleisten zu können, braucht es eine ganzheitliche europäische Strategie, die über reine Ankündigungen hinausgeht. Die Berücksichtigung internationaler Richtlinien sowie die Unterstützung entwicklungspolitischer Ziele muss auch in Zukunft integraler Bestandteil der Arbeitsweise der verschiedenen Stakeholder sein. Eine allein an nationalen Gesichtspunkten ausgerichtete Rohstoffstrategie wird in Zeiten des globalen Wandels und Wettbewerbs jedoch verpuffen. Deshalb kann und darf die

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Sicherung der deutschen und europäischen Rohstoffversorgung nicht mehr nur alleinige Aufgabe der Akteure der deutschen und europäischen Wirtschaft sein, sondern muss durch aktive politische Maßnahmen - möglichst auf supranationaler Ebene - unterstützt werden. Der Auf- und Ausbau ergänzender staatlicher Strukturen, welche den grundlegenden Marktmechanismus weiter stärken, ist daher notwendig und zeitgemäß. Dies kann insbesondere durch den Aufbau einer staatlichen Rohstoffagentur mit dem Recht zum Handel von Rohstoffen (in Ergänzung oder Erweiterung der DERA) sowie einer staatlich organisierten Rohstoffreserve geschehen. Staatliche Stellen können dabei als neutrale Instanzen zwischen den verschiedenen privatwirtschaftlichen Akteuren agieren und der europäischen Wirtschaft dabei helfen, ihre gebündelte Marktmacht - zum Wohle aller - international zu nutzen. In diesem Zuge ist es unerlässlich, dass die verschiedenen Säulen der Rohstoffpolitik - heimische Rohstoffe, nicht-heimische Rohstoffe und Recycling - auf ihre zukünftige Sicherheit, Stabilität und Praktikabilität hin beleuchtet werden. Dabei sind die Aspekte der nicht-heimischen Rohstoffversorgung und des Recyclings strategisch zu fokussieren, um den Bedarf an, für den technologischen Wandel benötigten, Rohstoffen zu sichern. Dabei soll sich der Bereich der nicht-heimischen Rohstoffversorgung primär auf die Rohstoffe konzentrieren, welche in Deutschland nicht abgebaut werden können. Eine Substitution heimischer durch nicht-heimische Rohstoffe ist zu vermeiden; vielmehr sollen sich diese beiden Teilbereiche gegenseitig ergänzen. Langfristige Zielsetzung ist eine funktionierende Rohstoff-Kreislaufwirtschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

1. die Einführung einer europäischen Rohstoffagentur als föderales Dach der nationalen Rohstoffagenturen mit dem Recht zum Handel von Rohstoffen auf den globalen Märkten zu prüfen, welche den privatwirtschaftlichen europäischen Akteuren als neutraler Dienstleister zur Verfügung steht. Es ist jedoch mindestens die Prüfung einer nationalen Rohstoffagentur mit dem Recht zum An- und Verkauf von Rohstoffen auf den globalen Märkten als neutraler Dienstleister für die privatwirtschaftlichen nationalen Akteure vorzunehmen;
2. die Einführung einer europäischen - mindestens jedoch nationalen - Rohstoffreserve zu prüfen;
3. darauf hinzuwirken, ein europäisches - mindestens jedoch nationales - Recycling-Förderprogramm für Rohstoffe aufzulegen. Insbesondere Grundlagenforschung zum Recycling verschiedener Rohstoffe, welche für die technologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts benötigt werden und die gemeinsame Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren der Recyclingwirtschaft sollen im Zentrum einer solchen Förderung stehen;
4. darauf hinzuwirken, einheitliche recyclingfreundliche europäische - mindestens jedoch nationale - Produktstandards zu etablieren, welche insbesondere kritische Rohstoffe berücksichtigen;
5. die Erforschung und Ausarbeitung eines europäischen privatwirtschaftlichen Zertifizierungssystems zur Überprüfung von globalen Rohstoffquellen politisch zu flankieren und finanziell zu fördern, welches digitale Lösungsansätze, wie z.B. die Blockchain-Technologie, unter Einbindung weiterer Stakeholder-Gruppen auf internationaler Ebene forciert und dem Anspruch eines globalen "level-playing-field Standards" entspricht;
6. grundlegende Forschungsvorhaben im Bereich der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung (sowohl im Bereich der nicht-heimischen als auch der heimischen Rohstoffe) sowie des Recyclings stärker zu fördern;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

7. den Tiefsee- und Weltraumbergbau als strategisches Interessensgebiet der deutschen und europäischen Rohstoffpolitik zu benennen und zu fokussieren sowie eine gemeinsame europäische Förderung von Projekten im Bereich des Tiefsee- und Weltraumbergbaus technologieoffen zu stärken bzw. zu etablieren;

8. sowohl auf Ebene der Europäischen Union als auch auf nationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass innovative und dynamische Lösungsansätze für privates Naturschutzengagement, wie z.B. "Natur auf Zeit", gefördert werden und ein rechtlicher Rahmen geschaffen wird, der wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten von Unternehmen sicherstellt und eine erschwerte Wiederaufnahme der Nutzung von ehemals gewerblich genutzten Flächen und Gewinnungsstätten aufgrund von entstandenen gesetzlich geschützten Biotopen oder Arten unterbindet;

9. im Zusammenhang der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dafür Sorge zu tragen, dass die Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Abbaubedingungen in Bezug auf soziale, menschenrechtliche und ökologische Aspekte sowie bei Vertragsverhandlungen mit Vertragspartnern aus Drittstaaten im Rohstoffsektor unterstützt werden.

Berlin, den 16. Januar 2020

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.